

Freude an der Arbeit in den Kommissionen

Valérie Piller Carrard will während ihrer vierten Legislatur im Nationalrat den Reformkurs in der Altersvorsorge korrigieren. Für ein Engagement im Ständerat kann sie sich nicht begeistern.

Jean-Michel Wirtz

CHEYRES «Wir sind hier an einem Ort, an dem ich Kraft schöpfe», sagt die SP-Nationalrätin Valérie Piller Carrard. Sie hat für das Gespräch

in die Weinberge von Cheyres im Broyebezirk eingeladen. Am Rand einer schmalen, steilen Strasse steht eine kleine Hütte. «Die gehört meinem Schwiegervater. Hier trifft sich häufig die ganze Familie.» Dieser Ort, idyllisch gelegen zwischen den



Reben, der Natur und dem See, passe gut zu ihr, so die 45-Jährige, als sie sich an den Tisch auf der Terrasse setzt.

Am 22. Oktober will sie für eine vierte Legislatur in den Nationalrat gewählt werden. «Solange das Feuer in mir brennt, will ich für die Interessen der Bevölkerung Partei ergreifen.» Zudem wolle sie verschiedene Projekte weiterhin begleiten, die sie bislang nicht habe abschliessen können. «Es war eine ziemlich ungewöhnliche und komplizierte Legislatur», sagt die Nationalrätin. «Auf eine Krise folgte die

nächste: Erst die Covidpandemie, dann der Ukraine-Krieg.»

Dennoch habe sie in der Kommission für Wissenschaft, Bildung und Kultur, in der sie seit 2019 Mitglied ist, einen wichtigen Erfolg erzielen können. Diese Kommission habe eine Vorlage für die familienergänzende Kinderbetreuung verabschiedet, um die heute hohen Kosten für die Eltern zu verringern und das Angebot der familienergänzenden Betreuung zu verbessern. «In der Kommission wurde dieses Gesetz geschlossen unterstützt und auch im Nationalrat bekamen wir es im März durch.» Nun stehe die Diskussion im Ständerat an. «Es wird dort jedoch nicht in eine gute Richtung gehen. Das ist unglaublich. Denn die Familien in diesem Land brauchen mehr bezahlbare Kitaplätze.»

Im Nationalrat nützlicher

Warum will die langgediente Nationalrätin also nicht in den Ständerat wechseln, um dort Einfluss auf die Geschicke des Landes zu nehmen? Statt ihr tritt bei der SP die Grossrätin Alizée Rey für den Ständerat an. «Ich glaube, dass ich im Nationalrat nützlicher bin», antwortet Piller Carrard. Hier seien politische Entscheide besser unterwegs. «Obwohl der Ständerat eine «Chambre de réflexion» sein sollte, sind die politischen Lager dort unbeweglich. Die Bürgerlichen blockieren viele Dossiers und Kompromisse, die im Interesse der Bevölkerung sind. Zum Beispiel wollte die Mehrheit des Ständerats die Renten nicht mit der Inflation indexieren.»

Zudem gefalle ihr die Arbeit in der Kommission für Wissenschaft, Bildung und Kultur sehr gut. Sie wolle diese fortsetzen – auch wenn es zu Beginn nicht ihre Wunschkommission gewesen sei. «In ihr kann man viel für

das Klima und für die Gleichstellung vorantreiben.» Es gehe dabei um die Zukunft der Schweiz. Die Themen in der Kommission seien vielfältig. Mittlerweile sei sie darüber hinweggekommen, dass ihr der Sitz in ihrer Wunschkommission, jener für soziale Sicherheit und Gesundheit, verwehrt geblieben ist.

Während der laufenden Legislatur habe die Zusammenarbeit Schweiz-EU in der Forschung die Bildungskommission sehr beschäftigt. «Die Schweiz sollte mitmachen beim Forschungs- und Innovationsförderprogramm Horizon Europe», wünscht die Nationalrätin. Jedoch sei das in der Schweiz wegen des EU-Dossiers, das nicht vorankommt. «Der Bundesrat blockiert derzeit. Er sollte handeln und proaktiv werden. Wir können nicht warten: Der Forschungsstandort und viele Arbeitsplätze hängen davon ab.» Auch die Wirtschaft und die Schweizer Energieversorgung seien vom Stillstand betroffen.

In der Kommission für Verkehr und Fernmeldewesen fördere sie die Weiterentwicklung der Eisenbahn in der Romandie, sagt Piller Carrard. Laut ihr sei es den drei Westschweizer Mitgliedern gelungen, die übrigen 23 Mitglieder für die Probleme im Westen des Landes zu sensibilisieren. «Dort wirken wir also nicht nur partei-, sondern auch regionsübergreifend.»

Optimistisch für drei linke Sitze

Für die Wahlen im Oktober hofft die Politikerin, dass ihre Partei die zwei Nationalratssitze halten kann. «Das war in der Vergangenheit unser Ziel und ist es immer noch.» Jedoch hatte die SP 2019 Stimmen verloren. Fast 37'000 Stimmen weniger waren es. Einige dieser

Stimmen gingen wahrscheinlich zu den Grünen. Diese konnten um fast 50'000 Stimmen zulegen. Sind die Grünen zu einer Konkurrenz für die SP geworden? «Das glaube ich nicht», entgegnet Piller Carrard. «Wir haben immer zusammengearbeitet und unsere Listen sind auch dieses Mal miteinander verbunden. Unsere Stärke entsteht durch unsere Verbundenheit.» Sie sei optimistisch, dass die SP und die Grünen die drei linken Sitze halten werden. Denn in vergangenen Abstimmungen und Wahlen sei ersichtlich gewesen, dass die Bevölkerung die Positionen dieser beiden Parteien unterstütze. «Unsere Arbeit wird anerkannt.»

«Die Bürgerlichen blockieren viele Dossiers und Kompromisse, die im Interesse der Bevölkerung sind.»

Piller Carrard sieht die Gefahr von woanders: «Wir müssen einen Rechtsrutsch verhindern.» Wenn die SVP einen zweiten Sitz zurückgewinne, würden Fortschritte bei Kaufkraft, Klima und Gleichstellung von Frau und Mann erschwert, warnt die SP-Politikerin.

Die AHV-Reform, die 2022 sehr knapp von der Stimmbevölkerung angenommen worden war, bewertet sie als Fehler. «Das Rentenalter der Frauen wurde erhöht, ohne dass damit eine korrekte Kompensation verbunden wurde.» Die Reform der beruflichen Vorsorge gehe nun auch in eine schlechte Richtung. «Sie berücksichtigt nicht die Realität der Menschen, die neben der AHV nur eine kleine zweite Säule haben, obwohl sie ihr ganzes Leben gearbeitet haben. Die Ren-

ten werden durch diese Reform sinken und wieder wird es keine ausreichenden Kompensationen geben.» Das gesamte System der Altersvorsorge müsse überdacht werden, fordert die Nationalrä-

«Die Rente sollte jedem ermöglichen, würdevoll zu leben.»

tin. «Die Rente sollte jedem ermöglichen, würdevoll zu leben.» Darum sei eine Stärkung der AHV sehr wichtig. Sie unterstütze die Initiative für eine 13. AHV-Rente, die voraussichtlich im Frühjahr zur Abstimmung kommen wird.

die die Wirtschaft am Laufen halten. «Zudem wird die Rechnung 2023 nicht so defizitär ausfallen wie ursprünglich angenommen. Und wir dürfen nicht vergessen, dass die Schweiz eines der reichsten Länder der Welt ist.»



Prämiensteigerung mildern

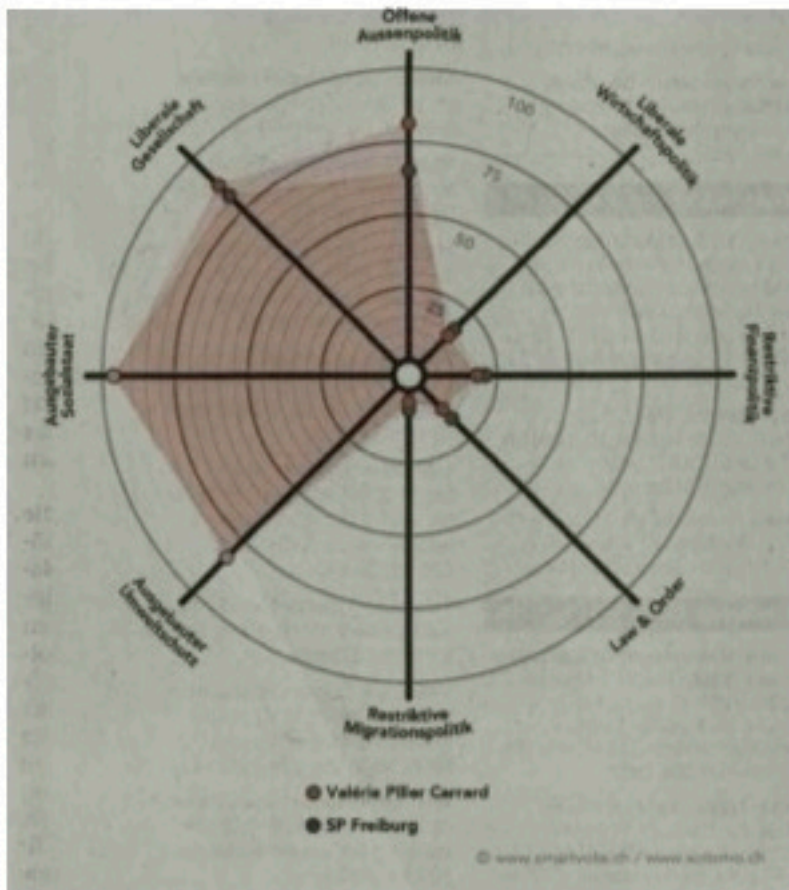
Ebenfalls in den Bereich Kaufkraft fallen die steigenden Krankenkassenprämien. «Wegen der Kumulierung aller Erhöhungen mache ich mir Sorgen um die finanzielle Situation eines grossen Teils der Bevölkerung.» Die steigenden Prämien seien eine der grössten Sorgen im Land. Prioritär sei, die Prämien auf einem bestimmten Niveau zu halten. «Ich erinnere an die SP-Initiative, die verlangt, dass die Prämien höchstens zehn Prozent des verfügbaren Einkommens ausmachen.» Die Prämienverbiligung solle zu mindestens zwei Dritteln durch den Bund und der Rest durch die Kantone finanziert werden, heisst es in dieser Initiative.

Beim Sparprogramm, das momentan im Bundeshaus besprochen wird, appelliert Valérie Piller Carrard, umsichtig vorzugehen. «Eine lineare Reduktion von zwei Prozent wird konkrete Folgen für die Bevölkerung haben, noch mehr in Regionen, die weit von einem städtischen Zentrum entfernt sind.» In einer Krise gehe die Kaufkraft zurück. Der Staat müsse in einer solchen Situation Investitionen aufrechterhalten,

Interessenbindungen

In Vorständen für Familien und den ÖV

Valérie Piller Carrard präsidiert Pro Familia Schweiz und Pro Familia Freiburg. Ebenfalls sitzt sie im Vorstand von Ouestrail und Litra, zwei Organisationen für den öffentlichen Verkehr. Sie ist Verwaltungsrätin der TPF und Stiftungsrätin des Pfahlbaudorfs in Gletterens. In der SP Schweiz gehört sie dem Vizepräsidium an. /mw





In den Weinbergen von Cheyres haben die FN die SP-Nationalrätin Valérie Piller Carrard zum Gespräch getroffen.

Smartvote

Landschaftsschutz oder Energieproduktion?

Die Positionen der Nationalrätin Valérie Piller Carrard sind gemäss Smartvote fast deckungsgleich mit jenen ihrer Partei, der SP. Einzig im Bereich der offenen Aussenpolitik gibt es einen gut sichtbaren Unterschied. Die Nationalrätin scheint ein bisschen offener zu sein als ihre Parteikolleginnen und -kollegen. «Das überrascht mich», so ihre spontane Reaktion. «Vielleicht habe ich einen etwas anderen Blick auf die Aussenpolitik, weil ich mich im Nationalrat viel damit befasse.»

Im Fragebogen von Smartvote hat Valérie Piller Carrard angegeben, dass sie eine Lockerung der Vorschriften im Umwelt- und Landschaftsschutz befürwortet zugunsten des Ausbaus der erneuerbaren Energien. Um die Energieproduktion umzu-

stellen, seien Erleichterungen bei einigen Regeln notwendig, kommentiert die Nationalrätin ihre Antwort. «Unsere erste Priorität muss jedoch sein, alles Verfügbare zu nutzen, bevor wir auf Ausnahmen von Regeln zurückgreifen.» Sie macht ein Beispiel zur Solarenergie. «Zuerst sollten wir Solaranlagen auf vielen Dächern errichten, ehe wir diese in den Alpen bauen.»

Mehr Kompetenzen für Bund

Bei der Festlegung des Spitalangebots begrüsst es die Nationalrätin, wenn der Bund hier mehr Kompetenzen erhalten würde. Die Planung des Angebots sei schwierig, weil die Kantongrenzen als Hindernisse wirken könnten. «Um qualitative Dienstleistungen zu haben, ist es gut, einen Überblick auf

nationaler Ebene zu haben.»

Steuersenkungen auf Bundesebene lehnt Piller Carrard für die nächsten vier Jahre ab. «Wir sind nicht in einer wirtschaftlichen Situation, die eine Senkung erlauben würde», begründet sie ihre Haltung. Zudem werde die Bundessteuer wegen ihres progressiven Tarifs von vermögenden Personen und Unternehmen getragen. Darum sei sie eine solidarische Steuer. Eine Senkung würde die Umverteilung des Wohlstands und die öffentlichen Dienstleistungen schwächen.

Progressive Stromtarife, die bei grösserem Verbrauch höher ausfallen, findet die SP-Nationalrätin nicht gut. «Mieterinnen und Mieter mit elektrischen Heizungen wären einem solchen Tarif hilflos ausgeliefert.» Zudem hätten die Preise bereits

ziemlich zugelegt. Die Schweiz müsse unabhängiger werden in der Stromproduktion und die grossen Investitionen in die Energiewende mittels eines Klimafonds finanzieren. *jmw*